

Washington fabuliert von »Todesstoß«

Krieg gegen Iran: US-Präsident verschiebt erneut Ultimatum. Israel klagt über Mangel an Rekruten, Teheran meldet Zustrom Freiwilliger

Von Knut Mellenthin

Bis vor drei Tagen hätte man es für Zweckoptimismus und Durchhaltepropaganda der Islamischen Republik halten können. Aber am Mittwoch hat der Stabschef der israelischen Streitkräfte, Generalleutnant Eyal Zamir, während einer Sitzung des Sicherheitskabinetts, in dem die kriegswichtigsten Ministerien der Regierung vertreten sind, offen und direkt gewarnt, dass die Armee »bald zusammenbrechen« könnte. Das bestätigte der 60jährige, der seit dem 5. März vorigen Jahres im Amt ist, gegenüber der *Jerusalem Post*, wie diese am Donnerstag berichtete. Die regierungsnahe, rechtsgerichtete Tageszeitung zitierte Zamir mit dem Satz: »Ich schlage Alarm, bevor die IDF in sich selbst zusammenfallen.« IDF steht euphemistisch für »Israelische Verteidigungskräfte«.

Der Stabschef begründet seine Sorgen mit dem Personalmangel. Die Zeitung beruft sich zudem auf weitere »Quellen«, die nicht mit Namen identifiziert werden, die »enorme Sorgen« wegen des »ernsten Personalmangels, besonders während des Krieges«, geäußert hätten. Sogar in Friedenszeiten würde Israel noch mehr Soldaten und nicht etwa weniger »an den Grenzen in Gaza, Libanon, Syrien und der Westbank benötigen«. Falls die Regierung nicht mehr Soldaten aufbrächte, würde es an einigen Stellen große Lücken geben.

Orthodoxe verweigern sich

Für den Personalmangel wird allgemein, vor allem von den Oppositionsparteien, die Gesetzgebung verantwortlich gemacht, die aus opportunistischen Gründen den Haredim, die oft auch nicht ganz frei von Ressentiments als »Ultraorthodoxe« bezeichnet werden, das Ausweichen vor der allgemeinen Wehrpflicht erleichtert. Als Reaktion auf den Vorstoß des Stabschefs der israelischen Armee griffen die führenden Politiker der großen Oppositionsparteien – mit der üblichen und erwartungsgemäßen Ausnahme der arabischen Parteien – das Thema auf. Oppositionsführer Jair Lapid verlangt eine Sondersitzung des Parlaments. Lapid führt die Opposition nur noch aufgrund der Ergebnisse der letzten Wahl, die am 1. November 2022 stattfand. Inzwischen lassen die Umfrageergebnisse ein deutlich schlechteres Abschneiden seiner liberalen Partei Jesch Atid erkennen, die sich in ihrem Beharren auf unbedingter Fortsetzung und Ausweitung des Aggressionskrieges gegen Iran fast noch schneidiger gebärdet als die Regierung.

Widersprüchliche, konfus und unentschlossen wirkende Signale kommen zur selben Zeit aus dem Weißen Haus. Donald Trump postete am Donnerstag auf dem Chatkanal »Truth Social«, der sein Eigentum ist, eine nochmalige Verschiebung des Datums, bis zu dem Teheran sich seinen Forderungen unterwerfen soll. Fristende ist nun der 6. April, Montag übernächster Woche. Das geschehe auf Bitten der iranischen Regierung, behauptete der exzentrische Milliardär, der nicht nur mit der Islamischen Republik, sondern auch mit den Tatsachen auf Kriegsfuß steht. Kurz darauf berichtete das *Wall Street Journal* unter Berufung auf nicht näher bezeichnete »Vermittler« - als solche sind derzeit hauptsächlich die Türkei, Ägypten und Pakistan engagiert -, dass es kein derartiges Ersuchen aus Teheran gebe. [Iran verlange von den USA vielmehr, ihre Forderungen zurückzuschrauben](#), bevor man sich zu Gesprächen über einen Waffenstillstand treffen könne.

Gerüchte und Drohungen

Trump hatte Teheran am Sonnabend vor einer Woche eine ultimative Frist von 48 Stunden gesetzt, sein gesamtes Forderungspaket zu akzeptieren. Ansonsten werde er alle Kraftwerke des Landes zerstören lassen. Die iranische Seite reagierte mit der Gegendrohung, in diesem Fall die Energieproduktion in den arabischen Staaten der Region anzugreifen, deren Mehrheit während des Krieges mehr oder weniger offen mit den USA paktiert. Am Montag hatte Trump seine »rote Linie« erstmals um fünf Tage verschoben.

Gleichzeitig verleiht er seinen Drohungen durch Verbreiten von Gerüchten Schärfe. Am Donnerstag meldete die in Israel stark beachtete Nachrichtenagentur *Axios*, die ihren Hauptsitz auf halbem Weg zwischen Washington und dem CIA-Hauptquartier in Langley hat, dass die Regierung an Optionen für einen »Final blow« bzw. »Todesstoß« gegen Iran arbeite, bei dem es sowohl zum Einsatz von Bodentruppen wie auch zu noch stärkeren Luftangriffen kommen könne. Die Agentur berief sich dabei auf »zwei US-Offizielle« und zwei weitere »Quellen mit Kenntnis der Angelegenheit« - wie üblich ohne Namen oder wenigstens Kennzeichnung ihrer Funktion. Den »Offiziellen« zufolge werde über vier Optionen diskutiert. Die erste sehe eine Besetzung oder Blockade der Insel Kharg im Persischen Golf vor, wo sich Irans größtes Zentrum für die Verarbeitung und den Export von Erdöl befindet. Eine zweite und dritte Option beinhalte die militärische Eroberung und Besetzung einer der Inseln in der Meeresstraße von Hormus, Larak oder Abu Musa. Und schließlich komme auch ein gewaltsames Festhalten iranischer Tanker in Frage.

Die Führung in Teheran gibt sich demgegenüber abwehrbereit und erfolgssicher. *Tasnim* meldete am Freitag, dass mehr als eine Million Iraner als Kombattanten gegen eine US-amerikanische Bodenoffensive bereitstünden. Darüber hinaus habe es in den letzten Tagen einen starken Zustrom von Anträgen Jugendlicher bei den bewaffneten Formationen gegeben. Die Gesamtzahl der US-Soldaten in der Region wird auf rund 40.000 geschätzt. Sie wurden seit Kriegsbeginn um etwa 10.000 Angehörige von Spezialeinheiten verstärkt.

<https://www.jungewelt.de/artikel/519994.krieg-gegen-iran-washington-fabuliert-von-todesstoß.html>